Verlogene Hetze gegen das Deutschtum

Würdelosigkeit im USA.-Parlament

Im USA.-Repräsentantenhaus hat nach der traditionellen Verlesung der Botschaft George Washingtons der demokratische Abgeordnete Martin eine wüste Hetzrede gegen das Deutschamerikanertum gehalten. Martin bezeichnete diejenigen, die an der Versammlung des Deutschamerikanischen Volksbundes in New York teilgenommen hätten, als Verräter an der USA.-Demokratie und ihrer Regierung. Nach dem Weltkrieg habe man geglaubt, von Bindestrich-Amerikanern befreit zu sein, um jetzt herauszufinden, „daß wir an ihrer Stelle hundertprozentige Hunnen haben, auf deren Lippen Worte wie Demokratie und Christentum schamloser Hohn sind".

Es ist nicht nötig, die Hetzrede des Abgeordneten Martin im ganzen wiederzugeben. Es ist eine Schande für das amerikanische Parlament, daß niemand aufstand, um gegen diese unglaubliche Hetzrede Protest einzulegen. Die Kundgebung des Deutschamerikanischen Volksbundes diente der Aufklärung und dem Frieden. Wenn jetzt im amerikanischen Parlament in der verlogensten Form gegen die Deutschamerikaner gehetzt werden darf, dann zeigt das nur, daß die Rooseveltsche Kriegspartei überhaupt kein Verantwortungsbewußtsein mehr besitzt. Das, was sich in Washington abspielt, ist nur ein übles Zerrbild der Demokratie, ist ein Verbrechen an der Menschheit, die nicht Kriegshetze, sondern den Frieden will.

Gegen Verdächtigung des Deutschamerikanertums

Im Zusammenhang mit den ständigen Hetzreden amerikanischer Politiker und mit besonderer Bezugnahme auf unerhörte Verdächtigungen und Beschimpfungen, die der demokratische Abgeordnete Martin gegen das Deutschamerikanertum gerichtet hat, erklärte der republikanische Abgeordnete Hawks (Wisconsin), im Staate Wisconsin lebten mit die besten amerikanischen Bürger, die in ihrer großen Mehrzahl deutscher Abkunft seien. Martin habe gegen die New-Yorker Versammlung des Amerikadeutschen Volksbundes gehetzt, dabei aber die kommunistischen Versammlungen, die gleichzeitig in allen Landesteilen stattfänden, vergessen. Man versuche immer wieder, die Deutschen und Italiener zu verleumden, sage aber wenig von der schlammigen, schmutzigen Tätigkeit der Kommunisten in USA.

Guam wird nicht befestigt

Ausbau aus der Wehrvorlage gestrichen

Die von dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt befürwortete maßlose Aufrüstungspolitik der Vereinigten Staaten hat einen neuen empfindlichen Schlag erlitten. Nach einer stürmischen Aussprache nahm das Unterhaus mit 193 gegen 164 Stimmen den Antrag des Abgeordneten Sutphin, den Ausbau der Insel Guam als Marinestützpunkt aus der Wehrvorlage vorläufig zu streichen, an.

Nachdem bereits wiederholt aus den Kreisen von Abgeordneten und Senatoren auf die Sinnlosigkeit und die Gefährlichkeit eines Schrittes wie der Befestigung der weit in den Pazifik vorgeschobenen Insel Guam hingewiesen worden ist und sich in der amerikanischen Oeffentlichkeit immer deutlicher Stimmen gegen die unerhörte und unbegründete Aufrüstung Amerikas bemerkbar gemacht haben, hat sich nunmehr diese Einsicht auch im Unterhaus zu Washington — zunächst offensichtlich wenigstens hinsichtlich Guams — durchgesetzt. Auch in der sehr stürmischen Debatte, an deren Abschluß die Annahme des Antrages Sutphins erfolgte, ist von den Gegnern dieses Aufrüstungsprojektes vor allem wiederum geltend gemacht worden, daß die Maßnahme eine „unnötige Herausforderung Japans" darstelle und „kein Grund bestehe, die Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten im Pazifik 6000 Meilen hinauszuschieben".

Brasilien gegen USA.-Methoden

Entschiedene Zurückweisung neuer plumper Einmischungsversuche

In der brasilianischen Presse wird eine Meldung aus Washington mit entschiedener Ablehnung kommentiert, die von „Befürchtungen" seitens des Staatsdepartements spricht, daß die Kapverdischen Inseln, die nur 1600 Meilen von Brasilien entfernt im Atlantischen Ozean liegen, zu Flugzeugstützpunkten für Angriffe auf die brasilianische Küste ausgebaut werden könnten.

Die brasilianische Presse erklärt diese amerikanischen Hetzmethoden für eine viel zu plumpe Art, die Dinge zu sehen. Die Militär- und Marinebehörden in den Vereinigten Staaten seien auch ganz und gar nicht dafür zuständig, „Befürchtungen" wegen einer möglichen Bedrohung zu äußern, die die Kapverdischen Inseln für Brasilien darstellen könnten. Brasilien sei ein souveräner Staat, der sich immer selbst verteidigt habe und lediglich auf seine eigene Kraft vertrauen könne. Die Vereinigten Staaten mögen sich um die Gefahren kümmern, von denen sie glauben, selbst bedroht zu werden.

„Unsere" Gefahren — so stellt die brasilianische Presse mit Nachdruck fest — gehen nur uns an und sind eine Angelegenheit, in der wir die Einmischung fremder Nationen nicht dulden, so „freundschaftlich" sie auch vorgebracht wird.

Brasilien ist keines Landes Schützling und braucht niemanden, der sich seiner Interessen annimmt. Die Vereinigten Staaten und alle anderen mögen sich merken: Wir sind keine Kolonie, sondern eine ihrer Würde und ihrer Stärke bewußte Nation.

Regierungserklärung vor belgischer Kammer

Erweiterung kultureller Selbständigkeit von Flamen und Wallonen

In der Regierungserklärung, die das neue belgische Kabinett Pierlot vor der Kammer abgab, bezeichnete der neue Ministerpräsident die gegenwärtige Regierung als eine Notlösung. Es gebe nur zwei wirkliche Lösungen, entweder ein unabhängiges Geschäftskabinett oder die Parlamentsauflösung. Der Ministerpräsident verwies sodann auf die Notwendigkeit einer Staatsreform. Zunächst sei die Schaffung eines Staatsrates in Angriff zu nehmen. Ferner sei eine Vollmachtsbegrenzung von Regierung und Parlament geplant. Das Gleichgewicht des Staatshaushaltes erfordere größere Einsparungen bei Verwaltung und Soziallasten.

Zur flämischen Bewegung erklärte Pierlot, daß deren Expansionskraft den Bestand des Staates gefährdet hätte, würde man sie weiterhin eingezwängt haben. Eine Ausweitung der Reformen sei notwendig. Den Wünschen nach kultureller Selbständigkeit der Flamen und der Wallonen auf dem Wege einer verwaltungsmäßigen Dezentralisierung des Kultusministeriums beabsichtige die Regierung zu entsprechen. In der Außenpolitik werde an den Richtlinien der vorhergehenden Regierung nichts geändert werden. Die Regierungserklärung fand vor der Kammer nur geringen Beifall.

Die Slowakei gegen die Juden

Gründliche Lösung der Judenfrage im Slowakischen Landtag gefordert

Bei der Aussprache im Slowakischen Landtag befaßte sich der slowakische Propagandachef Mach ausführlich mit der Judenfrage in der Slowakei. Wenn jemand bezweifle, so erklärte er, daß das Judentum der größte Feind und das größte Unglück der Slowaken sei, so möge er in die Dörfer und Städte gehen, damit er sich überzeuge, daß die Juden den Städten einen nichtslowakischen Charakter verliehen hätten. Er würde sich weiter überzeugen, daß das Judentum das Volk mit Branntwein vernichte und den arbeitenden Schichten die Löhne herabdrücke. Wir müssen, so sagte Abgeordneter Mach, die jüdische Frage gründlich lösen, denn ungelöst bedeutet sie das größte Hindernis auf dem Weg zur Erfüllung der Sendung unseres Volkes. Ein weiteres Hindernis würde auch die ungelöste tschechische Frage bilden. Alle diese Hindernisse dürften nicht mit Haß gegen das tschechische Volk, sondern müßten in Liebe und Verpflichtung zum eigenen Volk gelöst werden.

Kurze Nachrichten

Leipzig. Die Ausstellung des Deutschen Museums für Länderkunde „Der neue Reichsgau — Sudetendeutsches Land und Volk" wurde durch ihren Schirmherrn Reichskommissar Gauleiter Konrad Henlein in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Partei, Staat, Kunst und Wissenschaft namentlich aus dem Sudetengau feierlich eröffnet.

Herzliche Kameradschaft

Der Besuch des Herzogs von Coburg in Polen

Die deutsche Frontkämpferabordnung unter Führung des Herzogs von Coburg verließ die polnische Hauptstadt, um sich nach Krakau zu begeben. Auf dem Bahnhof hatten sich die Mitglieder der deutschen Botschaft, der deutsche Militärattaché sowie Abordnungen polnischer Frontkämpferverbände, militärischer Stellen und verschiedener Ministerien eingefunden. Die deutsche Abordnung besichtigte die Warschauer Zitadelle und stattete dem Kriegsminister General Kasprzycki sowie Außenminister Beck Besuche ab. Weiter legte der Herzog von Coburg auf dem Heldenfriedhof in Powonskie, der Ruhestätte Tausender von deutschen Frontkämpfern, einen Kranz nieder. Während einer kameradschaftlichen Veranstaltung dankte der Präsident der Föderation der polnischen Frontkämpferverbände, General Gorecki, der deutschen Abordnung für ihren Besuch und wies darauf hin, daß die in dem Ausschuß vereinigten Millionen von Frontkämpfern einen starken Einfluß auf die Beziehungen zwischen ihren Staaten ausübten. General Gorecki gedachte weiter des 26. Januar 1934, an dem der Führer und Marschall Pilsudski das deutsch-polnische Verhältnis auf neue Grundlagen stellten.

Herzog von Coburg erklärte nach Worten des Dankes für die herzliche Aufnahme, die Frontkämpfer der elf in der Kommission vereinten Nationen hätten sich in der Ueberzeugung zusammengeschlossen, daß niemand mehr als die Soldaten des Großen Krieges das Recht oder auch die Pflicht hätte, ihre geeinte Kraft für einen ehrenvollen Frieden einzusetzen. Diese Gedanken fänden ihren lebendigen Ausdruck in der kameradschaftlichen Gesinnung, die alle Frontkämpfer vereinige. Herzog von Coburg schloß mit dem Wunsch, daß die engen herzlichen Beziehungen, wie sie zwischen den Soldaten Deutschlands und Polens bestehen, zum Gemeingut der beiden Nationen werden mögen.

Halifax über Englands Rüstungen

Der englische Außenminister gibt dem Oberhaus ein „außenpolitische Erläuterung"

Im englischen Oberhaus gab Außenminister Lord Halifax auf Ersuchen der Labour-Lords-Addison eine Erläuterung der kürzlichen Unterhauserklärung Chamberlains über das englisch-französische Verhältnis. Zwischen Frankreich und England beständen, so sagte er, in keiner Frage irgendwelche Meinungsverschiedenheiten. England sei nicht nur durch seine geographische Lage, sondern auch durch die Identität der Interessen und durch völliges Verstehen mit Frankreich verbunden.

Halifax wandte sich darauf dem italienisch-französischen Verhältnis zu. Welche Differenzen, so erklärte er, auch zwischen Frankreich und Italien bestünden, sie berührten nicht in erster Linie — und er unterstrich die Worte „in erster Linie" — England. Dagegen werde England in einem anderen Sinne unmittelbar und sehr eng davon berührt, und zwar wegen der Beziehungen zu Frankreich, von denen er gesprochen habe. Die Regierung sei glücklich, daß die Beziehungen zwischen England und Italien wieder in Ordnung gebracht seien.

Halifax beklagte sich hierauf darüber, daß die britischen Rüstungen verschiedentlich im Ausland mißverstanden würden. Demgegenüber stellte er fest, daß es in Großbritannien keine Partei und keinen Staatsmann gebe, der auch nur für einen Augenblick einen Angriffskrieg erwäge. Sie würden auch keine Unterstützung für eine solche Politik vom englischen Volk erhalten. Diesen Friedenswillen als Schwäche, Feigheit und als Mangel an Entschlossenheit auszulegen, wäre ein großer Irrtum. Die leitenden Regierungsmänner Europas hätten verschiedentlich erklärt, daß ein Krieg den Siegern keine Vorteile bringen würde. Die Wahrheit dieser Erklärung hätten Großbritannien und Frankreich innerhalb der letzten Generation erlebt. England glaube, es stehe außer Frage, daß es bei gutem Willen kein Problem gebe, das nicht durch eine volle und freimütige Erörterung mit der britischen Regierung gelöst werden könnte.

Aus unserer Heimat.

Wilsdruff, am 24. Februar 1939.

Spruch des Tages

Macht' ich klug das? Macht' ich's dumm?
Wird mir's schaden? frommen?
Siehst bei jedem Schritt dich um,
Wirst du weit nicht kommen!

Otto Ludwig.

Jubiläen und Gedenktage

25. Februar:

1634: Der kaiserliche Generalissimus Albrecht Wenzel Eusebius von Wallenstein, Herzog von Friedland, wird in Eger ermordet. — 1865: Der Dichter Otto Ludwig in Dresden gestorben. — 1916: Erstürmung der Panzerfeste Douaumont bei Verdun.

Sonne und Mond:

25. Februar: S.-A. 6.58, S.-U. 17.30; M.-A. 9.04, M.-U. —.—

Eigennützig, keinem nützlich

Man kann immer wieder Menschen antreffen, die niemals den rechten Standpunkt zu den Fragen der Zeit einnehmen können, weil ihr Blick für den Wert oder Unwert einer Sache durch den Eigennutz getrübt wird. Das sind die Menschen, die zwar alle Annehmlichkeiten, die ihnen innerhalb ihrer Volksgemeinschaft geboten werden, gern in Anspruch nehmen, aber an den Leistungen, die sie selbst für die Allgemeinheit zu bringen aufgefordert oder verpflichtet werden, nicht teilhaben möchten. Wo es ihnen auch nur immer gelingt, drücken sie sich um diese Leistungen herum und werden so zu rechten Schmarotzern der Volksgemeinschaft.

Wie kleinlich und klein sind doch diese Menschen, die schließlich keinem nützlich sind. Aber sie betrügen sich mit ihrem Eigennutz zuletzt auch selbst, denn sie vermögen nicht aufrecht unter ihren Volksgenossen einherzugehen, sie tragen, ob sie es zugeben wollen oder nicht, einen Makel mit sich herum, stehen schließlich außerhalb der Gemeinschaft und abseits des Glückes, das in dieser Gemeinschaft selbst liegt.

Darum sollen wir uns immer bemühen, nicht nach Vorteilen zu trachten, die uns das Gerechtigkeitsempfinden der Gemeinschaft und unser eigenes Gefühl nicht zubilligen. Wir sollten immer bestrebt sein, uns vor allem auch in Leistungen und Opfern der Gemeinschaft gegenüber nützlich zu erweisen. Dann werden wir die Freuden, die uns aus der Gemeinschaft heraus erwachsen, doppelt empfinden, weil wir sie nicht mit heimlicher Scham, sondern mit Stolz, mit allen anderen verbunden genießen. Immer denke man an die alte Weisheit des Sprichwortes: „Eigennützig, keinem nützlich."

Kennkarten beantragen. Es liegt Veranlassung vor, auf die Bestimmungen der Verordnung über Kennkarten vom 22. Juli 1938 und den hierzu ergangenen Bekanntmachungen über Kennkartenzwang vom 23. Juli 1938 nochmals hinzuweisen. Hiernach haben alle männlichen deutschen Staatsangehörigen innerhalb der letzten drei Monate vor Vollendung ihres 18. Lebensjahres bei der zuständigen Polizeibehörde die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen. Für männliche deutsche Staatsangehörige, die am 1. Oktober 1938 ihr 17., aber noch nicht ihr 18. Lebensjahr vollendet hatten, begann die Frist von drei Monaten am 1. Oktober 1938.

21. Prüfungskonzert der Stadtkapelle und Orchesterschule Wilsdruff

Ein Schuljahr neigt sich wiederum seinem Ende zu, und als erste stellten sich gestern abend im 21. Prüfungskonzert der Stadtkapelle sieben Orchesterschüler, die zu Ostern die Schule und Wilsdruff verlassen, in der praktischen Prüfung vor die Prüfungskommission und die Oeffentlichkeit.

Vor Beginn der Vortragsfolge begrüßte Berufsschuloberlehrer Becker im Auftrage des Städt. Musikdirektors Philipp die anwesenden Zuhörer, Pg. Brück und Dr. von Werlhof als Vertreter der Reichsmusikkammer, Ortsgruppenleiter Voigt und stellv. Bürgermeister Gründler, die Musikdirektoren Rott-Frankenberg, Behrs-Zschopau und Steinbach-Chemnitz, die Lehrer und Lehrerinnen der Berufsschule und Lehrer der Schüler, der letzteren Eltern und Geschwister, sowie alle Freunde und Gönner der Musikschule.

Das Konzert wurde eingeleitet von der Ouvertüre zu Collins Trauerspiel „Coriolan" von Beethoven, die von dem gesamten Orchester unter der sorgfältig abwägenden und vereinheitlichenden Leitung Meister Philipps zu eindrucksvoller Wiedergabe gelangte. Die Solisten waren allesamt Bläser und wurden von Heinz Stroppe, dem Klarinettisten, angeführt. Er blies den 1. und 2. Satz des Dritten Konzertes für Klarinette-Solo von L. Spohr gut. Dieselbe Note verdient auch der zweite in der Reihe, Schüler Werner Hause, der die Fantasie für Trompete-Solo „Der Liebestraum" von Th. Boch etwas sehr vorsichtig, aber doch sauber und ansprechend blies. Was er schwer erarbeiten muß, das fällt seinem Trompeter-Kameraden H. Philipp durch Anlage mühelos in den Schoß. Von ihm hörte man die Konzert-Fantasie Es-Moll für Trompete-Solo von G. Cords. Der schöne gebundene, durch Sauberkeit und Seele ausgezeichnete Ton und das technische Können des Solisten erweckten allseitige Anerkennung. Der Waldhornist K. Goldberg hatte den 1., 2. und 4. Satz des Konzertes Es-Dur für Waldhorn-Solo von R. Strauß gewählt. Es war eine erfreuliche Leistung: sauber und wie gesponnen strömte der Ton, nur etwas strahlender konnte er sein. Daß er ihm auch diesen Schwung verleihen kann, bewies er gleich im Orchester-Schlußstück, wo er seinen Solopart in ganz ausgezeichneter Weise bewältigte. Dann stellten sich zwei Baritonhornisten vor. H. Schuster blies auf Tubahorn Introduktion, Thema mit Variationen für Bariton-Solo von W. Rex, W. Göpfert auf Es-Horn das Konzert für Bariton-Solo von A. Sachse. Beide machten ihren Lehrern alle Ehre und besonders der letztere zeigte, welch wundervolle Schattierungen sich auf seinem Horn erreichen lassen. Den Reigen der Solisten beschloß der Posaunist R. Höhne mit dem Großen Recitativ und Andante für Posaune-Solo von S. Alschausky. Es war eine ausgezeichnete Leistung, und der junge Musiker erwies sich als ein der besten Hoffnungen berechtigter Posaunist. Wie allen Solisten wurde auch ihm herzlicher Beifall zuteil und Blumen. Den Abschluß des Konzertes bildete Peter Tschaikowskys Andante cantabile a. der 5. Sinfonie in E-Moll, die dem gesamten Orchester noch einmal Gelegenheit gab, sein bestes Können zu zeigen. Die Anwesenden bekundeten ihre Freude daran durch nicht endenwollenden Beifall.

Zeigten gestern die sieben abgehenden Bläser ihr Können, so werdens am 21. März ihre sechs Kameraden vom Streicherkorps tun — hoffentlich mit dem gleich schönen Erfolge.

Hermann Wolf.

Wer Zeitung liest, ist stets im Bilde

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF